

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6spaltige Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellenangebote und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3spaltige Kellamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 50

Stolp, Dienstag, den 1. März 1927

51. Jahrgang

Wer hat den Weltkrieg verschuldet?

Bedeutende Erklärungen des Senators Owen.

Unter der Überschrift „Frankreich und Rußland haben den Weltkrieg verschuldet“, veröffentlichten Washingtoner Zeitungen eine Unterredung mit dem früheren Senator Owen, in der dieser folgende Ausführungen machte:

Frankreich und die zaristische Regierung haben den Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 verschuldet. Die Grundlage zu dem Krieg bildete der französisch-russische Geheimvertrag vom Jahre 1892 und eine auf Grund dieses Vertrages Rußland gewährte 7-Milliarden-Dollar-Anleihe. Eine Woche vor der russischen Mobilisierung hielten sich Poincaré und Bidioui in Petersburg auf und gaben dort erneut die Versicherung ab, daß Frankreich Rußland bei einem Kriege mit Deutschland unterstützen würde. Es darf auch nicht vergessen werden, daß die Gemahlinnen der Großfürsten Nikolaus und Peter Nikolajewitsch bei dem zu Ehren Poincarés gegebenen Bankett in Petersburg in einer Unterhaltung mit dem französischen Votschafter die geheimen Kriegsvorbereitungen Rußlands dadurch aufdeckten, daß sie erklärten, ihr Vater, der König von Montenegro hätte telegraphisch, der Krieg würde noch vor Ende Juli ausbrechen. Die beiden Großfürstinnen fühlten sich dem französischen Votschafter gegenüber so sicher, daß sie sogar hinter dessen Rücken, von Deutschland und Österreich wurde man nichts übrig lassen. Bidioui war nur ein Schatten und Poincaré mächtiger als der Zar, aber eine Puppe in der Hand Iswolskis.

Weiterhin erwähnte Owen noch einen geheimen Telegrammwechsel zwischen Iswolski und Petersburg; durch ihn wird klar erwiesen, daß die leitenden Männer in Rußland den Krieg geplant und seit 20 Jahren vorbereitet hatten.

Rußland antwortet England.

Zurückweisung der englischen Proteste.

Der Rat der Volkskommissare in Moskau hat die Beratungen über die englische Protestnote beendet und die Antwort Rußlands formuliert.

In der russischen Note, die dem englischen Geschäftsträger bereits überreicht wurde, betont die Sowjetregierung, jederzeit bereit zu sein, den englisch-russischen Konflikt friedlich beizulegen. Weiterhin wird zum Ausbruch gebracht, daß die rußlandfeindlichen Reden englischer Regierungsmitglieder jedoch nicht dazu beitragen, die russisch-englischen Beziehungen zu bessern. Auch nach russischer Ansicht sei ein Bruch zwischen England und Rußland dem europäischen Frieden nicht förderlich.

Sollte England jedoch glauben, mit dem Abbruch der diplomatischen und Handelsbeziehungen seinem Volke und dem Frieden dienen zu können, müßte es handeln, wie es ihm seine Verantwortung gebiete. Drohungen gegenüber der Sowjetunion seien jedoch nicht am Platze und könnten niemand in Rußland einschüchtern.

In übrigen setzt sich die russische Regierung in ihrer sehr umfangreichen Note nicht mit den einzelnen Vorwürfen Englands auseinander, weist diese zurück, betont nochmals, ihren Willen zu einer friedlichen Lösung und erklärt, wenn England die diplomatischen Beziehungen abbrechen würde, nichts zu ihrer Wiederherstellung tun zu können.

Kühle Ablehnung in London.

London, 28. Februar. Nur ein Teil der Londoner Blätter nimmt heute zu der russischen Antwortnote kritisch Stellung. Offenbar zieht man es vor, zunächst einmal die Auffassung der amtlichen Kreise Londons abzuwarten. Die „Daily Mail“ schiebt die russische Note als unglücklich an. Sie beschränkt sich im übrigen darauf, die Behauptung der russischen Regierung zurückzuweisen, daß es sich bei dem sogenannten Sinowjewbrief um ein gefälschtes Dokument handelt. Die „Morning Post“ glaubt in der russischen Antwort einen weiteren Beweis für die Fruchtlosigkeit der Notenübermittlung an Rußland zu sehen. Litwinow, der die Antwort entworfen habe und der als ein äußerst geschickter Wortklaubler bekannt sei, habe die Gelegenheit benützt, zwei Fliegen mit einem Schlag zu treffen, indem er nämlich ein diplomatisches Dokument mit politischer Propaganda beladen habe. Die liberale „Daily Chronicle“ stellt fest, daß die russische Regierung in ihrer Antwort um den Kern der Frage herumgegangen sei. Moskau verteidigt die Reden und Artikel, über die in der britischen Note Klage geführt worden war, mit der Begründung, daß sie nichtamtliche Äußerungen von Russen in Rußland seien und daß sich Moskau London gegenüber niemals verpflichtet habe, die Freiheit der Rede innerhalb der russischen Grenze zu beschränken.

Paris ist beunruhigt.

Paris, 28. Februar. Ueber die Antwort Rußlands an England ist man hier, abgesehen von äußersten Kreisen,

in allen Parteilagern beunruhigt. Man erwartet mit Spannung, welche Entscheidung jetzt London treffen wird. Die Antwort Rußlands wird von den Mäthern der Rechten als verlogen und zynisch bezeichnet. Es wird erklärt, daß eine Verständigungspolitik gegenüber Rußland vollkommen verfehlt sei. Auf der Linken macht man dem englischen Militär zum Vorwurf, sich auf chinesischen Boden begeben zu haben und dadurch die Chinesen provoziert zu haben.

Englands Stellung zu Polen.

Englische Beruhigungsversuche.

Angesichts der zunehmenden Spannung zwischen England und Rußland hatte man in Berliner politischen Kreisen mit einer gewissen Besorgnis die Beziehungen Englands zu Polen beobachtet. Man glaubte, einen Frontwechsel Englands zugunsten Polens wahrnehmen zu können. Hiergegen wendet sich eine Meldung des diplomatischen Mitarbeiters des „Daily Telegraph“, in der zunächst behauptet wird, Stresemann sei über die russisch-englische Spannung so besorgt, daß er sogar die Möglichkeit seiner Rückkehr nach Berlin vor dem Zusammentritt des Völkerbundes erwogen haben soll. Lord d'Abernon habe ihn wohl aber inzwischen bezüglich gewisser Mißverständnisse beruhigt, die in Berlin hinsichtlich der Grundsätze der englischen Politik entstanden sind.

Der Korrespondent erklärt dann die in Deutschland verbreiteten Nachrichten für unrichtig, daß Großbritannien Polen eine Anleihe von zehn Millionen Pfund Sterling versprochen habe, wofür Polen englisches statt wie bisher französisches Kriegsmaterial kaufen werde, zweitens, daß Großbritannien, welches Polen als Stützpunkt gegen Rußland zu gebrauchen wünsche, versprochen habe, keine Revision der deutsch-polnischen Grenzen während einer Periode von 15 bis 25 Jahren zuzulassen, und drittens, daß das Fehlen einer Bezugnahme auf die Rheinlandräumung auf der Tagesordnung des Völkerbundesrates auf polnischen Druck zurückzuführen sei.

Der Berichterstatter fährt fort, es sei kaum nötig, darauf hinzuweisen, daß Anleihen, die Polen möglicherweise in London suchen werde, nur für kommerzielle Zwecke verwendet würden. Sir Austen Chamberlain habe immer wieder die Absicht, Polen oder die Mandatstaaten zu militärischen Abenteuern zu ermutigen, öffentlich in Abrede gestellt. Die britische öffentliche Meinung würde nie zu irgendeiner Garantie der zweifelhaften Ostgrenzen Europas ihre Zustimmung geben, obwohl einige der Mandatstaaten zweifellos eine derartige Garantie zu erhalten wünschten. Ueberdies sei Dr. Stresemann sich bewußt, daß das Ausschneiden der Rheinlandsfrage im kommenden Monat infolge der Haltung Poincarés lediglich die Wiederbelebung der bitteren deutsch-französischen Kontroverse bedeuten würde.

Der Landtag vertagt sich.

Sitzungspause bis 15. März.

Berlin, 26. Februar.

Nachdem Präsident Bartels mitgeteilt hatte, daß für den bevorstehenden Wirtschaftsparteitagen Abg. Müller-Franken das bisherige Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung Otto Colosser in den Landtag eingetreten ist, wurden ohne Aussprache eine Reihe kleinerer Vorlagen erledigt. In der bei der Einzelberatung fortgesetzten zweiten Lesung des Landwirtschaftshaushalts wurden noch zahlreiche Einzelwünsche vorgetragen. Darauf wurde die Beratung geschlossen.

Annahme fand ein Gesetzentwurf über den Ausbau der Seuchenforschungsanstalt auf der Insel Riems und eine Novelle zum Gesetz über die Regelung des Körwesens und des Pferdeverkehrs.

Abg. Ruschke (Dem.) beantragte als Berichterstatter des Geschäftsausschusses, einem Antrage des Justizministers auf Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Lademann stattzugeben, da dieser für eine Zeitschrift verantwortlich gezeichnet habe, in der ein ordinäres Gedicht gegen Lindenburg aufgenommen war. Abg. Piesch (Komm.) spricht sich gegen den Antrag des Geschäftsausschusses aus, die Strafverfolgung zuzulassen. Die angeblich verletzte Ehre des Reichspräsidenten sei bereits in einer Reihe unerhörter Klagen gerächt worden. Als der Redner wiederholt von dem Korruptionsgefändel deutscher Fürsten spricht, wird er zur Ordnung gerufen. Berichterstatter Abg. Ruschke (Dem.) tritt noch mals für die Genehmigung der Strafverfolgung ein und erklärt, seine Partei vertrete den Standpunkt, daß der Reichspräsident gegen Verleumdungen auf jeden Fall geschützt werden müsse. (Zurufe bei den Kommunisten.)

Die Abstimmung über den Antrag auf Genehmigung der Strafverfolgung soll am 10. März erfolgen. Das Haus vertagt sich dann auf Dienstag, den 15. März, 12 Uhr.

Die Feme-Heze zusammengebrochen.

Abstimmung im Feme-Ausschuß des Reichstages.

Berlin, 28. Februar. Der Feme-Untersuchungsausschuß des Reichstages nahm in seiner letzten Sitzung die Abstimmung über die zum Untersuchungskomplex „Münchener Einwohnerwehr“ vorliegenden Anträge vor. Der Vermittlungsantrag des Abgeordneten Schulte-Breslau (Ztr.) wurde nach Ablehnung eines Änderungsantrages des sozialdemokratischen Abgeordneten Lebi gegen Sozialdemokraten und Kommunisten und nach Annahme eines Zusatzantrages Troßmann (B. L.) gegen die Stimmen der Linksparteien angenommen. In den angenommenen Anträgen heißt es u. a.:

Es liege kein Anlaß vor für die Annahme, daß die Straftaten einzelner Mitglieder von der Organisationsleitung gebilligt worden seien. Feme-Organisationen im Sinne des Ausschlußbeschlusses hätten also nicht bestanden. Es sei im Gegenteil erwiesen, daß die offizielle Leitung der in Betracht kommenden Organisationen jede Privatjustiz abgelehnt habe.

Der Ausschluß habe aber unter voller Würdigung der Verhältnisse der Jahre 1921/22 mit Bedauern feststellen müssen, daß die Leitung der Einwohnerwehr zu den Taten, die einzelnen ihrer Mitglieder zur Last gelegt wurden, nicht innerhalb der Organisation eine ausdrücklich ablehnende Stellung eingenommen und nichts getan habe, um nach Bekanntwerden des Falles Sandmayr für die Zukunft ähnliche Taten zu verhindern.

Die Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob noch eine Gesamtstimmung erfolgen solle, wurde vertagt. Die nächste Sitzung findet am 16. März statt.

Neuland an der Nordseeküste.

5-Millionen-Kredit für Landgewinnungsarbeiten.

Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln für Landgewinnungsarbeiten an der Nordseeküste in den Regierungsbezirken Schleswig und Aurich überwiesen, wonach dem Staatsministerium ein Betrag von fünf Millionen Reichsmark für den genannten Zweck zur Verfügung gestellt werden soll. Der Finanzminister wird ermächtigt, die Mittel im Wege des Kredits zu beschaffen.

Wie der Aurtische Preussische Pressedienst der beigefügten Begründung des Gesetzentwurfs entnimmt, besitzt der Staat das Anlandungsrecht an der gesamten schleswig-holsteinischen Westküste (mit Ausnahme einiger kurzer Strecken in den Kreisen Südbandern und Eiderstedt), sowie an großen Teilen der ostfriesischen Küste. Auf Grund jahrzehntelanger systematischer Landgewinnungsarbeiten sind an der schleswigischen Westküste insgesamt 3250 Hektar Neuland entstanden. Das Endziel der Landgewinnungsarbeiten ist die Bedeckung der gewonnenen Vorländer, sobald sie genügende Höhe und Größe erreicht haben. Der Wert des gewonnenen Landes erreicht eine Höhe von 1000-1500 Reichsmark für den Hektar im unbedeckten und von 4000-5000 Reichsmark für den Hektar im bedeckten Zustande. Die Landgewinnungsarbeiten tragen wesentlich zur Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung bei und sollen es ermöglichen, zahlreiche neue lebensfähige Siedlungen zu schaffen.

Deutsches Reich.

Kämpfe in der Reichsbannerführung. Die neuesten innerpolitischen Vorgänge haben in der obersten Reichsbannerführung erhebliche Verwirrung angerichtet, der Otto Höfing nur schwer Herr zu werden vermag. Gegenüber, die schon lange unter der Decke schlummerten, sind, einwandfreie Nachrichten zufolge, nunmehr offen ausgebrochen. Es sind nicht weniger als fünf verschiedene Richtungen, die sich offen bekennen, Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten, und manhaft ihren Parteistandpunkt vertreten. Hier geht der Miß nach der Bildung des Reichskabinetts durch Dr. Marx schon mitten hindurch. Ferner kämpft eine Richtung gegen jede Parteibindung, ohne sich schon darüber große Gedanken zu machen, wohin und wie dann der Weg gehen soll. Eine fünfte Gruppe bekennet sich schlichtern zu ausgesprochenen nationalistischen Regungen und arbeitet damit manhaft jenen charaktervollen Arbeiterführern in die Hände, die längst angeekelt von dem Parteidoγμα aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschieden sind und heute im nationalen Lager stehen. Diese fünfte Gruppe, die sich sinngemäß durch den ganzen Bund erstreckt, ist am beachtlichsten und verrät, daß selbst im Reichsbanner noch Kräfte vorhanden sind, die wieder zu einem reinen nationalen Weltgefühl zurückstreben. Ob sie dieses aber innerhalb der Reichsbannerbewegung zum Siege führen werden, erscheint als beinahe ausgeschlossen. Wider die Partei sind Gefühle ohnmächtig, solange sie dem Marxismus ergeben bleibt.

Ostommersche Hausbesitzertagung.

Für Sonnabend, den 26. und Sonntag, den 27. Februar 1927 hatte der Verband der städtischen und ländlichen Haus- und Grundbesitzervereine im Nea-Bez. Köslin zu Köslin die ihm angeschlossenen städtischen Vereine und Kreisgruppen des Pommerischen Landbundes zu seiner Jahreshauptversammlung für das Geschäftsjahr 1926 eingeladen.

Bereits am Sonnabend Nachmittag trat der Verbandsausschuß im Stadtratsgebäude des Rathauses zusammen, wo der Vorsitzende — Rechtsanwalt Dr. Zubke-Köslin — neben den Vertretern der angeschlossenen Vereine auch den Landtagsabgeordneten Stadtrat Howe-Niel, Vorsitzenden des Provinzialverbandes Schleswig-Holstein der Haus- und Grundbesitzervereine begrüßen konnte. Namens der Stadt Stolp sprach Stadtrat F. C. Meinde der Versammlung die besten Wünsche für den Verlauf der Tagung aus.

Nach kurzer Abendpause fand dann eine gut besuchte Mittagsversammlung des Stolper Haus- und Grundbesitzervereins e. V. im Gymnasium statt, in der nach den üblichen Begrüßungsworten Dr. Zubke-Köslin das Wort zu seinem Vortrage

„Zwangswirtschaft und Wirtschaft“

ergriff. Zwangswirtschaft und Wirtschaft, so führte er aus, sind Begriffe, die sich gegenseitig ausschließen. Zwangswirtschaft kann wohl vorhandene Bestände erfassen, jedoch ist es unmöglich, durch Zwangsbestimmungen Erzeugung zu erzwingen. Die Wirtschaft kommt folgerichtig schneller oder langsamer zum Stillstand. Dies hat sich bei der Zwangswirtschaft auf allen Gebieten gezeigt. Im Gegensatz zu den Einschränkungsbestimmungen während der Kriegszeit, die der Hausbesitz als Opfer in der Notzeit des Reiches gern auf sich genommen hat, ist die Zwangswirtschaft der Nachkriegszeit geboren aus der sozialistischen Weltanschauung, aus der Behauptung der Theorie von der Ueberführung der Produktionsmittel in die Gemeinwirtschaft, in die öffentliche Hand. Die Folge dieser Einstellung ist eine Ueberfülle von Gesetzen, was beweist, daß die Regierung des für die Neuregelung des Wohnungswesens nach dieser Theorie einzuschlagenden Weges sich selbst nicht sicher ist. Die wirtschaftlichen Folgen zeigen sich zunächst in der allgemeinen Wertverminderung aller Grundstücke, wie dies besonders aus den Geboten bei Zwangsversteigerungen hervorgeht. Es fehlt die Rentabilität der Grundstücke, damit aber auch jeder Anreiz für das Privatkapital zur Neuschaffung von Wohnungen. Bei durchschnittlich um 60 Prozent gegenüber der Friedenszeit gestiegenen Baukosten und bei den hohen Zinssätzen der Nachkriegszeit mußten sich Neubauten ergeben, die für die Allgemeinheit nicht tragbar waren, zumal die Mieten in den Altbauwohnungen durch die Gesetzgebung unangemessen niedrig gehalten wurden und werden. Hieraus ergab sich für die Bauherren bei Neubauten ein erhebliches Risiko, daß eine Vermietung zu den erforderlichen Preisen nicht möglich sein würde, daß also Wohnungen leer stehen würden. Tatsächlich sind bereits heute Tausende von Neubauwohnungen unvermietbar.

Die öffentliche Hand versuchte daher durch die Hauszinssteuer Mittel aufzubringen, um für Neubauten verbilligte Kredite zur Verfügung stellen zu können. Diese Steuer wird aber nicht reiflos dem Baumarkt zugeführt, sondern dient mit mehr als der Hälfte ihres Aufkommens allgemeinen Bedürfnissen des Staates. Für die Verwaltungs- usw. Kosten sind weitere laufende Zuschüsse des Staates und der Gemeinden aus allgemeinen Steuermitteln erforderlich. Die Folge ist ein Darniederliegen der Bautätigkeit, und — da das Baugeschäft das Schlüsselgewerbe für die gesamte Wirtschaft bedeutet — eine grenzenlose Arbeitslosigkeit. Die hierdurch erforderlichen laufenden Unterstützungsbeträge für die Erwerbslosen bedingen ein weiteres Anschwellen der von der Wirtschaft zu leistenden sozialen und steuerlichen Abgaben. Die sittliche Folge der Arbeitslosigkeit ist eine Demoralisierung der Erwerbslosen, die im Verein mit der Entkräftung des Körpers durch mangelhafte Ernährung den Arbeitswert des Volkes auch für die Zukunft herabmindert. Zwangswirtschaft bedeutet also Verschwendung von Volksvermögen, Volkskräften und Volksgesundheit. Wie aber kann man dieser Zustände Herr werden? Erforderlich ist zunächst die schrittweise Angleichung der Mieten in Altbauwohnungen an die Neubauten und vor allem eine anderweitige Verwendung und Verteilung der Hauszinssteuer. Die aus der Hauszinssteuer aufkommenden Mittel dürfen nicht wie bisher als Hauszinssteuerhypothesen verwendet werden, sondern sind als verlorene Zuschüsse zur Verbilligung des Zinsfußes und des Unterschiedsbetrages zwischen der allgemeinen Steigerung der Preise und den überhöhten Baukosten zu verwenden, und das vor allem reiflos. Auf diese Weise würde das Risiko aus Neubauten auf den Stand der Vorkriegszeit gemindert werden und durch die Angleichung der Mieten für Wohnungen in Altbauten und Neubauten die jetzige Abneigung gegen die Uebernahme der Neubauten beseitigt. Die vielfach aufgestellte Behauptung, daß es uns an dem notwendigen Kapital fehle, dürfte den tatsächlichen Verhältnissen kaum entsprechen. Aus Bequemlichkeit, Gewohnheit und mangelndem Nationalbewußtsein werden ungeheure Beträge der heimischen Wirtschaft durch vermeidbare Einfuhr von Luxuswaren entzogen. Garnicht zu rechnen von denjenigen Summen, die für Einfuhr von Apfelsinen, Bananen, Wein, Likören und Schokoladen in das Ausland abfließen, beträgt allein der Einfuhrüberschuß an Volkereiprodukten im Jahre 1926 566 Millionen Reichsmark, während hierfür im Jahre 1913 nur 160 Millionen Mark an das Ausland verausgabt wurden. Was diese Beträge für den Wohnungsmarkt bedeuten, kann man daran ermessen, daß allein der Betrag der für die Volkereiprodukte an das Ausland abgeführt wird, die jährliche Herstellung von 70 000 Dreizimmerwohnungen ermöglichen würde.

Die Beseitigung der Zwangswirtschaft wird somit seitens des organisierten Hausbesitzes nicht aus egoistischen Trieben gefordert. Gerade der organisierte Hausbesitz verurteilt — vielleicht noch schärfer als die Mieterschaft — die strapallose Ausbeutung der Bevölkerung durch unerbittlich hohe Mieten. Selbst von gegnerischer Seite mußte jüngst im Landtage zugegeben werden, daß überhohe Mieten für die jetzt der Zwangswirtschaft nicht mehr unterliegenden gewerblichen Räume vornehmlich von Seiten solcher Hausbesitzer gefordert worden sind, die der Hausbesitzerorganisation nicht angehören, vor allem von Ausländern, die in der Inflationszeit deutschen Hausbesitz erworben haben. Der Kampf gegen die Zwangswirtschaft ist letztlich eine nationale Arbeit zum Wohle des Volksganges und nicht zuletzt der Mieter wie der arbeitenden Klassen.

In seinem Vortrage

Arbeit und Erfolge im Jahre 1926

ging sodann Landtagsabgeordneter Stadtrat Howe-Niel auf die parlamentarische Arbeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens — besonders in preussischen Landtage ein.

Die Zwangswirtschaft als solche ist ein Produkt der sozialistischen Weltanschauung. Der Kampf um die Zwangswirtschaft ist also tatsächlich ein Kampf der bürgerlichen Weltanschauung gegen die sozialistische Weltanschauung, der Kampf um die Frage: Privatwirtschaft oder Gemeinwirtschaft. Aus dieser Grundstellung heraus ist die Opposition gegen die Lockerung der Zwangswirtschaft, wie sie jüngst im preussischen Landtage zu stürmischen Szenen geführt hat, zu beurteilen. Den Bestrebungen des Hausbesitzes auf Abbau und Beseitigung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen, in den Parlamenten vertreten durch die auf dem Boden der bürgerlichen Weltanschauung stehenden politischen Parteien, steht die Forderung der sozialistisch-marxistisch eingestellten Parteien auf weiteren Ausbau der Zwangsbestimmungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens und deren Verankerung im bürgerlichen Gesetzgebungsgegenüber. Diesem Kampfe liegt die gleiche Idee zugrunde, wie in der Inflation die Abwälzung der Staatsschulden auf Kosten der Sparer. Erfolg dieser Zwangswirtschaft ist der Verfall der Altbauwohnungen, ist Unzufriedenheit zwischen Vermieter und Mieter, ist Verschlechterung wertvollen deutschen Volksgutes an Ausländer, ist Verminderung des Volksvermögens um etwa 80 bis 100 Milliarden Reichsmark, ist Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit von geradezu katastrophalem Ausmaß, ist völlige Aufhebung der Freizügigkeit des Mieters.

Was ist getan? Was ist zu tun? Die Privatwirtschaft, als die rationellste Wirtschaftsform, muß als feste Grundlage der Wirtschaftsführung anerkannt werden. Die Unantastbarkeit des Privatkapitals muß gewährleistet werden, denn nur dann kann sich ein gesunder Spartrieb entwickeln, der zur Neubildung und zum Aufbau des Volksvermögens führt. Die staatssozialistische Wirtschaft muß unter möglichster Vermeidung von Erschütterungen in die freie Wirtschaft übergeführt werden. Hiermit muß sofort ernsthaft begonnen und der Abbau in beschleunigtem Tempo weitergeführt werden.

Zu beachten ist, daß dieser grundlegende Kampf im Reich geführt wird, da die fraglichen Gesetze von Reichswegen erlassen worden sind. Andererseits muß sich dieser Kampf auch in den Parlamenten der Länder auswirken, da die Reichsgesetzgebung in der Hauptsache eine Rahmengesetzgebung ist, die durch die Länder durch Landesgesetze und Verordnungen ergänzt wird. Hieraus ist es auch zurückzuführen, daß in Preußen mit seinem stärkeren sozialistischen Einschlag die Lockerung der Zwangswirtschaft hinter den anderen deutschen Ländern zum Teil erheblich zurückgeblieben ist.

Ferner ist die Frage zu prüfen: Ist Wohnungsnot vorhanden, und wenn ja, in welchem Umfang? Es ist zuzugeden, daß während der Kriegszeit nicht gebaut werden konnte aus Mangel an Material und Arbeitskräften, und daß andererseits nach dem Kriege nicht ausreichend gebaut worden ist, weil das Bauen durch die einschlägige Gesetzgebung unproduktiv gemacht worden ist. Andererseits ist die Verminderung der Bevölkerung in der Krieg- und Nachkriegszeit zu berücksichtigen. Zu 3,7 Millionen Geburtenausfall während des Krieges und 1,8 Millionen Kriegsverlusten tritt in dieser Beziehung ein Rückgang des Geburtenüberschusses in der Nachkriegszeit hinzu. Auf diese Weise ist damit zu rechnen, daß insbesondere vom Jahre 1933 an mit einem Anfall von 1 bis 2 Millionen Haushaltungen und damit entsprechend geringerem Wohnungsbedarf zu rechnen ist.

Demgegenüber steht der tatsächliche Bedarf an Wohnungen in keiner Weise fest. Darum ist im preussischen Landtage ein Wohnungszählungsgesetz verlangt worden, das für April d. Nrs. zu erwarten steht. Erst hieraus wird sich ergeben, wieviel und wo Bedarf vorliegt, und wo demgemäß die Neubautätigkeit zu verstärken ist. Ferner ist vom Landtag ein Wohnungsbauprogramm gefordert worden, durch das die Neubautätigkeit in Gang gesetzt und eine wesentliche Senkung der Neubauten erreicht werden soll. Weitere Anträge fordern die vermehrte Berücksichtigung der privaten Bautätigkeit dergestalt, daß die Gemeinden nur noch Neubauten für Kinderreiche und Obdachlose erstellen sollen. Angestrebt wird die Gewährung erheblicher langfristiger Steuerbefreiungen für die Neubauten, ein System, das z. B. in Italien die Beseitigung der Zwangswirtschaft in kaum mehr als 3 Jahren ermöglicht hat. Bezüglich der sogenannten „gemeinnützigen“ Baugenossenschaften wird eine gesetzliche Regelung angestrebt, daß diese sich lediglich auf die Finanzierung von Neubauten zu beschränken haben, daß es aber keinesfalls deren Sache sei, Baustoffhandlungen, Ziegeleien, Tischlereien und Haubetriebe anderer Art zu unterhalten oder ins Leben zu rufen. Es ist immerhin eine nicht unbedenkliche Erscheinung, daß allein die Berliner Wohnungsfürsorgegesellschaft im Jahre 1926 einen Ueberfluß von 2 601 866 RM. erzielen konnte, also zu einer Zeit, wo das legitime Gewerbe nicht einmal wußte, aus welchen Mitteln es Gewerbe- usw. Steuern aufbringen sollte.

Wesentlich wichtiger als die Neubaufrage ist aber die Frage betreffend Erhaltung des Altbauwohnraumes. Hier muß die Gewährung ausreichender Instandhaltungskosten in der Miete gefordert werden, daneben aber aus Hauszinssteuermitteln billiger Realcredit für Reparaturhypotheken hergegeben werden. — Die Wohnungsämter, die völlig verfaßt haben, müssen beseitigt werden. Eine Minderung des Mieterschutzes ist in einem gewissen Umfang bereits durchgeführt. Notwendig ist, daß kurze, klare Bestimmungen geschaffen werden, durch die der ordentliche, anständige Mieter einen über den Rahmen des bürgerlichen Gesetzbuches hinausgehenden Schutz behalten, gegenüber böswilligen Mietern und schlechten Zahlern dem Eigentümer aber das Kündigungsrecht zurückgegeben wird.

Gefordert ist auch eine klare Befreiung der Neubauten vom Mieterschutz, da durch die derzeitige Rechtsunsicherheit bezüglich der mit Hauszinssteuermitteln erstellten Wohnungen die Neubautätigkeit gehemmt wird. Hinsichtlich der polizeilichen Wiedereinweisung ermittelter Mieter ist erreicht worden, daß der Polizei das Recht zur Wiedereinweisung in die geräumte Wohnung grundsätzlich entzogen ist. Wenn die Polizei dennoch eine Wiedereinweisung absolut nicht vermeiden kann, muß sie für die Miete und jeden Schaden auskommen und den Mieter, wenn er nach Ablauf der Frist nicht freiwillig räumt, heraussetzen. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume ohne Wohnungen und die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes für freiverwendende große Wohnungen, sowie die bevorzugte Berücksichtigung des Wohnungs-

bedürfnisses des Eigentümers und dessen verheirateter Familienangehöriger ist erst in allerjüngster Zeit erreicht worden.

Die Erhöhung der Hauszinssteuer hat — trotz der Ablehnung der Rechtsparteien — nicht verhindert werden können. Erreicht aber sind zahlreiche Härtebestimmungen, durch die Befreiungen oder Ermäßigungen gewährt werden müssen. Die von der Deutschnationalen Reichstagsfraktion verlangte Senkung der Hauszinssteuer ist von der Linksmehrheit abgelehnt worden. Diesem Gedanken wird bei den demnächstigen Verhandlungen über den Finanzausgleich erneut näher zu treten sein. Die Umwandlung der Hauszinssteuer in eine abschöpfbare Steuer, wie sie Mulert vorgeschlagen hat, muß unbedingt abgelehnt werden, denn sie bedeutet eine Vorbelastung der Grundstücke zugunsten des Staates und muß sich notwendigerweise als eine Schädigung des Realcredits, unter Umständen sogar als eine Gefährdung der bereits vorhandenen Neu- und Aufwertungshypothesen auswirken.

Im Gegensatz zu der bisherigen Reichsregierung hat sich erfreulicherweise die jetzige Reichsregierung für das System der Mindestmieten (bisher Höchstmieten) entschieden. Es wird daher möglich sein, auch in Preußen eine gesetzliche Miete zu erlangen, die zum mindesten dem Durchschnitt der für die außerpreussischen Länder festgesetzten gesetzlichen Mieten nach Abzug der Hauszinssteuer entspricht. Diese Arbeit ist natürlich nur möglich, wenn hinter den Anträgen nicht nur die Deutschnationale Fraktion steht, sondern wenn auch durch Verhandlungen mit den anderen, auf dem Boden des Privateigentums stehenden Parteien für diese Anträge die erforderliche Mehrheit geschaffen wird. Daher soll in den Hausbesitzerorganisationen keine einseitige Parteipolitik, gleich welcher Richtung, getrieben werden, sondern die im politischen Leben stehenden Mitglieder der Organisationen müssen in ihren Parteien Hausbesitzerpolitik treiben. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß die Hausbesitzerorganisation mehr und mehr ein Sammelbecken für die auf der bürgerlichen Weltanschauung stehenden Parteien werden und damit unter Ausschaltung aller kleinlichen parteipolitischen Eifersüchteleien auf der endlichen Schaffung der „Großen Deutschen Nation“ mitwirken.

Redner beifall lobte den Redner für seine inhaltsreichen, und unter Ausschaltung jeder parteipolitischen Leidenschaftlichkeit mit beachtlicher Objektivität gemachten Ausführungen. Mit dem Dank an die Redner konnte der Vorsitzende des Stolper Haus- und Grundbesitzervereins e. V. Heißer warme Begrüßungsworte an die inzwischen eingetroffene Frau Landtagsabgeordnete Alice Chorlotte Noack-Stettin verbinden. Eine längere Entschließung, die den in Frage kommenden Reichs- und Staatsbehörden, sowie den Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, des Zentrum und der Wirtschaftlichen Vereinigung zugeleitet werden soll, wurde unter dem Beifall der Versammlung einstimmig angenommen.

Bereits in den frühen Morgenstunden des Sonntags traten dann die bevollmächtigten Vertreter der dem Verbands angeschlossenen Ortsvereine und Kreisgruppen zu einer fruchtbringenden

Arbeitsstunde

zusammen. In dieser wurde der seinerzeitige Begründer des Bezirksverbandes, Fabrikbesitzer und Stadtrat F. C. Meinde-Stolp, Ehrenvorsitzender des Stolper Haus- und Grundbesitzervereins e. V., einstimmig zum ersten Ehrenmitglied des Verbandes gewählt. In einem längeren Geschäftsberichte beschäftigte sich sodann Ewald Kowalle-Köslin auch mit einer Reihe von wichtigen Kommunalfragen und gab den Ortsberatern in dieser Beziehung eine Reihe von wertvollen Ratschlägen. Die weitere Tagesordnung wurde reibungslos erledigt. In der Frage des Verhältnisses des Bezirksverbandes zu den Spitzenverbänden des Hausbesitzes, dem Preussischen Landesverband und dem Zentralverband der Haus- und Grundbesitzervereine wurde einstimmig beschlossen, an der bisherigen Einstellung festzuhalten. Nach etwa vierstündiger Dauer konnte der Vorsitzende Dr. Zubke-Köslin die Versammlung, an der sich auch die beiden Landtagsabgeordneten Howe und Frau Noack lebhaft beteiligt hatten, schließen. Ein gemeinsames Mittagessen, zu dem der Stolper Verein eingeladen hatte, hielt nach der Arbeit die Vertreter noch einige Zeit zusammen.

Volksleben und Wirtschaft.

Deutsche Boden Kultur-Altien-Gesellschaft. Unter der Leitung maßgebender Führer der Landwirtschaft, Industrie und Arbeiterchaft fand am 22. Februar eine Sitzung des Aufsichtsrates statt. Bisher konnte die Gesellschaft über 50 Millionen Reichsmark für landwirtschaftliche Meliorationen in Form von gering verzinslichen Krediten vergeben. Ingesamt wurden hiermit mehr als 200 000 Hektar kultiviert oder melioriert. Die Zahl der bei den Arbeiten geleisteten Erwerbslosenstunden betrug über sieben Millionen geschätzt. Zur Fortsetzung ihrer Tätigkeit wurden der Gesellschaft vom Reich die aus den Ueberschüssen der Reichsgetreidestelle stammenden 35 000 000 RM. zur Verfügung gestellt. Die Bilanz der Gesellschaft weist bei niedrigen Geschäftsumkosten einen Reingewinn von rund 218 000 RM. bei einem Aktienkapital von 1 Million Reichsmark auf. Die Führer der Landwirtschaft sehen sich lebhaft für die Beteiligung der Länder und Spitzenverbände von der Boden-Kultur-Altien-Gesellschaft ein, und zwar möglichst in Gestalt der Aktienübernahme.

Bermischtes.

20 Seeleute ertrunken. In Newlan (England) wurde ein griechischer Seemann gelandet, der einzige Ueberlebende der Besatzung des Dampfers „Menies“, der nach einem Zusammenstoß mit einem unbekanntem Schiff 5 Meilen von Lands Ende am Donnerstag kurz nach Mitternacht sank. Das Rettungsboot mit der Besatzung von 21 Mann lenierte und mit Ausnahme des dritten Maschinisten fanden alle den Tod.

Retungstat eines deutschen Dampfers. Eine Schiffsbesatzung, die Saint Malo am Mittwoch verlassen hatte, lief auf einen Felsen und sank. Die 53 Mann zählende Besatzung wurde von dem deutschen Dampfer „Phöbus“, der nach Falmouth unterwegs ist, gerettet.

Schwere Havarie eines Ozeandampfers. Nach einer aus Nework eingetroffenen Meldung ist der französische Dampfer „Sievier“, der am 10. Februar den amerikanischen Hafen verließ, auf der Fahrt von einem heftigen Sturm überfallen worden. Dem Unwetter sind 12 Mann der Besatzung zum Opfer gefallen. Das Schiff selbst hat wegen schwerer Havarie nach Nework zurückkehren müssen.

Zu Schneesturm verurteilt. Der nördliche pazifische Ozean ist von einem außerordentlich heftigen Schneesturm heimgesucht worden, durch den 270 Fischerboote aus Halibut

(Maske) betroffen worden sind. Wie befürchtet wird, haben 30 Boote den Hafen nicht mehr erreichen können.

Kuvert festgenommen. In einem Pariser Kabarett wurde der in der Moabitler Altbierfabrik vielgenannte und arg belästigte Bankdirektor Kuvert von einigen Berliner Herren erkannt, die seine Festnahme veranlaßten. Der Flüchtige hatte sich durch eine große Hornbrille unkenntlich zu machen versucht.

Zusammenstoß polnischer Heeresflugzeuge. Donnerstag fließen in Thorn bei einem Nebungsflug zwei polnische Heeresflugzeuge zusammen und stürzten aus einer Höhe von 800 Metern ab und wurden völlig zertrümmert. Der eine Flugzeugführer ist tot, der andere schwer verletzt.

Bombenexplosion im Flugzeug. Bei den Übungen im Bombenwerfen explodierte auf dem Flugplatz Wiborg (Finland) eine Bombe in einem Flugzeug, das sich in 1400 Meter Höhe befand. Der Apparat wurde vollständig zertrümmert, beide Flieger auf der Stelle getötet.

Ein erschütterndes Familienidyll bot sich den Bewohnern eines Hauses im Berliner Westen. Dort wurde in den mit Gas gefüllten Zimmern ein 40jähriger Arbeiter, seine um 8 Jahre jüngere Ehefrau und seine beiden im Alter von 11 und 13 Jahren stehenden Kinder tot aufgefunden. Die Feststellungen ergaben, daß der Mann infolge schwerer Erkrankung seiner Frau mit den Seinen den Tod gesucht und auch gefunden hatte.

Sechs Meter hoher Schnee wird aus Mazedonien gemeldet. Der Paris-Konstantinopel-Express mußte in Mazedonien wegen der Schneeverwehungen umkehren und nach Mailand zurückfahren. Die Fahrkräfte berichteten, daß zwei Züge vor ihnen im Schnee festgeblieben seien. Am Bardar-Tal seien die Gleise bis zu sechs Meter hoch mit Schnee bedeckt. Die Lage der Reisenden sei sehr kritisch, da die Vorräte an Kohle und Proviant zur Neige gingen. Aus der Umgebung seien Hilfskolonnen zu ihrer Rettung ausgesandt worden; doch sollen einige Reisende schon erstarren sein. — Auch aus Oberitalien werden weitere Schneefälle gemeldet, besonders aus dem Gebiet von Novarra, wo die Schneefälle 40 Stunden lang dauerten und die Schneehöhe zwei bis drei Meter erreicht. Vielfach sind die Straßen gesperrt und Autos im Schnee eingeschlossen. In Piemont sind zahlreiche Schneelawinen niedergegangen.

Stadt. Kreis. Provinz

Vom Regiment. Mit Wirkung vom 1. 3. 27 wird der Rittmeister Schroth (Welfard) zum Leiter-Regiment 11 (Neustadt in Oberschlesien), der Oberleutnant von der Chevallerie von Welfard nach Stolp versetzt.

Ueberfallen wurde ein Stolper Arbeiter in der Hospitalstraße auf dem Nachhausewege von einem Unbekannten. Der Ueberfallene erhielt mit einem eisernen Gegenstande zwei Schläge über den Kopf, sodaß er zu Boden stürzte. Als er sich wieder aufrichtete, führte der Täter zurück und erklärte, daß er sich in der Person geirrt habe, er hätte seinen Bruder auflockern wollen.

Gestohlen wurden in einer der letzten Nächte von einem Bauplatz 36 gehobelte und gespindelte Bretter.

Die Reichsindexziffer. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Februar auf 145,4 gegen 144,6 im Vormonat. Sie hat sich sonach um 0,6 v. H. erhöht.

Der Gau Kommissar der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener (G. V.) hält am 20. März d. J. in Stolp seinen diesjährigen Gau-tag ab. Tagungslokal ist der „Pommernhof“, Poststraße 1. Die Tagung wird eingeleitet durch einen Begrüßungsabend der Ortsgruppe Stolp am 19. März im gleichen Lokal, an dem der Ehrenvorsitzende der G. V., Kamerad von Lasner-Potsdam, die Festrede halten wird. Ehemalige Kriegsgefangene, die der G. V. nicht angehören, können als Gäste teilnehmen. Anmeldungen an den Kameraden W. Lübeck, Stolp, Bückerstraße 29, erwünscht.

Ab 1. April Bedienungsgelder für den Speisewagen. Nachdem zwischen dem Direktor der Mitropa und den Verbänden der Gastwirtschaftsangehörten längere Zeit Verhandlungen über die Einführung eines zehnprozentigen Bedienungszuschlages in den deutschen Speisewagen gescheitert hatten, hat sich nunmehr der Schlichtungsausschuß für Groß-Berlin mit diesem Fall beschäftigt und entschieden, daß vom 1. April ab ein 10prozentiger Bedienungszuschlag von den Speisen und Getränken erhoben wird. Der bisherige Zustand, daß dem Personal der deutschen Speisewagen die Annahme von Bedienungsgeldern verboten ist, wird damit hinfällig.

Aus dem Theaterbüro. Heute, Dienstag, 8 Uhr, zum wiederholten letzten Male Volkstheater „Mitschi“, Operette in drei Akten von Gilbert. Preise von 20 Pfg. bis 1 Mark. Donnerstags, den 3. März, 8 Uhr „Sah ein Knab ein Höslein schn“, Operette aus Goethes Jugendzeit von Spangenberg. Auf jeden gekauften Platz gibt es eine Freikarte dazu. Nur einmalige Ausnahme. Freitag, den 4. März, 8 Uhr „Der Günstling der Zarin“.

Schmollin, 28. Februar. Arbeiterverein. — Ein Abend, der die Herzen aller Patrioten höher schlagen ließ, wurde uns gestern im Kuhlbrüggeschen Saale durch das Winterfest des höchsten Arbeitervereins besichert. Einem jeden guten Deutschen aus der Seele gesprochen war die in fernigen militärischen Worten gehaltene Begrüßungsansprache des Vorsitzenden. Zwei sehr gut gewählte Theaterstücke „Heldentod“ und „In Zivil“ reichten sich würdig an ähnliche frühere Aufführungen des Vereins an. Die Aufführungen wurden durch außerordentlichen Beifall belohnt. Ein gemütlicher Tanz beschloß diesen schönen Abend.

Reignitz. Schwerer Unfall. — Der Arbeiter J. B. war beim Ansägen eines Baumes beschäftigt. Als er einen starken Ast vom Stamme getrennt hatte, fiel dieser an der Leiter entlang zu Boden. Hierbei streifte er den auf der Leiter stehenden B. am Bein und schlug auf den Griff einer Feile, welche der Verletzte im Stiefelschuh trug. Die Feile drang dem Bedauernswerten in das Bein, unter der Haut entlang bis in die Ferse.

Thelbitz. Ein bedauernswerter Unglücksfall. — Der Besitzer und Zimmermann Ernst Schmoldt, war beim Drehen von Serdella beschäftigt. Als er einen Stein vor dem linken Arm in die Maschine. Hand und Unterarm wurden vollständig zerquetscht. Erst mit Hilfe von Brechklängen konnte man den Verunglückten aus seiner bedauernswerten Lage befreien. Er wurde sofort in das Krankenhaus nach Bütow eingeliefert.

Konig. Die Mutter ermordet. — In Schwonigau bei Konig wurde die Leiche einer Frau im Brunnen gefunden. Es handelt sich um die 72 Jahre alte Wittfrau Jazdzewski aus Jania bei Schwonigau. Ihr Sohn, der die Wirtschaft führte und Miteigentümer zu zahlen hatte, war seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen und geriet aus diesem Grunde des öfteren mit seiner Mutter in Streit. Schließlich hat er seine Mutter ermordet und die Leiche zur Verschleierung der Tat in den Brunnen geworfen.

Schwurgericht.

Das Schwurgericht trat am Montag zu seiner ersten diesjährigen Tagung unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Altschke zusammen. Es hatte sich am Montag der Geschäftsmann Franz Kämpf aus Stolp wegen Meineides zu verantworten. Er wird durch Dr. Bernheim verteidigt, während die Anklage durch Staatsanwalt Dr. Lindemann vertreten wird. Der am 8. Februar 1871 in Ostpreußen geborene Angeklagte ist u. a. wegen fahrlässigen Falschweides verurteilt. Ihm wird zur Last gelegt, am 11. Februar v. J. vor dem Amtsgericht in Lauenburg in einem bürgerlichen Rechtsstreit einen Meineid geschworen zu haben, was der Angeklagte bestritt. Das Urteil lautete auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust, unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft.

Letzte Meldungen.

Schamlos.

Im Sperreindruck haben in Paris „Matin“, „Journal“, und „Temps“ die Meldung des „Vorwärts“ wieder, daß die „deutschen“ Sozialdemokraten nach dem Verschwinden der Internationalen Militärkontrollkommission über die weitere Entwicklung Deutschlands wachen würden, damit die Politik von Locarno, die keine Rüstungen mehr kenne, loyal durchgeführt werde. Die kommunistische „Humanität“ fand das einzige richtige Wort für diese Aufbegehren des „Vorwärts“. Das Blatt nennt sie kurzerhand: Schamlos („impudent“).

Am Grabe Eberts.

Heidelberg, 28. Februar. Im Auftrage des Reichskanzlers hat der Präsident des Landesfinanzamts Karlsruhe, Stamer, am Grabe des Reichspräsidenten Ebert anlässlich der Wiederkehr seines Todestages namens der Reichsregierung einen Kranz mit schwarzrothgoldener Schleife niedergelegt.

Stresemann fährt nach Genf.

Rom, 28. Februar. Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der sich während seines Urlaubs in San Remo aufgehalten hat, wird am Donnerstag von San Remo nach Genf reisen, um bei der März-Tagung des Völkerbundsrates zu präsidieren.

Die Ausweisungen gehen weiter.

Breslau, 1. März. Der Ingenieur Stwara von der Laurahütte hat eine Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung, die am Sonntag abläuft, nicht erhalten und muß daher das polnische Gebiet verlassen.

Die Zahl der Erwerbslosen sinkt.

Berlin, 28. Februar. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge zeigte in der ersten Februarhälfte einen weiteren Rückgang um rund 66 000 gleich 3,2 Prozent, die Zahl der Zuschlagsempfänger hat sich von 2 090 000 auf 2 034 000 verringert. In der Zeit vom 15. Januar bis 15. Februar 1927 ist die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 79 000 zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der in der Arbeitsfürsorge Unterstützten von 138 000 am 15. Januar auf 192 000 am 15. Februar 1927 gestiegen. Das Gesamtergebnis für die Zeit vom 15. Januar bis 15. Februar 1927 ist also eine Verminderung in der Zahl der Arbeitslosen um rund 25 000.

Die englisch-russische Krise.

London, 28. Februar. Chamberlain erklärte, daß die britische Regierung die Note der Sowjetregierung nicht beantworten werde.

London, 28. Februar. Der Abbruch der Handelsbeziehungen zwischen Sowjetrußland und Großbritannien ist jetzt unabwendbar. Die russische Handelsvertretung hat gestern abend durch Rundschreiben ihre sämtlichen Mitglieder in England aufgefordert, ihre Tätigkeit einzustellen und sich nach London zu begeben.

Moskau, 28. Februar. Nach der „Pravda“ ist, wenn es zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und England käme, der Weg für Rußland frei, aktiv in die chinesische Freiheitsbewegung einzugreifen. Die Sowjetregierung hat Vorfrage getroffen, daß 10 russische Armeekorps sofort in China einmarschieren können.

Einigung im Baugewerbe?

Berlin, 28. Februar. In den vom 22. bis 25. Februar 1927 abgehaltenen Sitzungen der paritätischen Kommission der Arbeitgeber und Bauarbeiterorganisationen ist eine Einigung über sämtliche bisher besprochenen Punkte erzielt worden. Ueber die Möglichkeit der Annahme oder Ablehnung des neu geschaffenen Vertrages, mit dem sich die beteiligten Verbände im Laufe des nächsten Monats befassen werden, läßt sich nichts voraussagen. Da die Lohnabkommen für das Baugewerbe am 28. Februar ablaufen, sind sie, um die Beratungen nicht zu stören, überall bis zum 31. März verlängert worden.

Das Attentat auf „Schleswig-Holstein“.

Kiel, 28. Februar. Vor dem Kriegsgericht der Seestreitkräfte der Nordsee hatte sich der Heizer Kochler zu verantworten, der im Dezember Feuer in der Munitionskammer des Linienschiffs „Schleswig-Holstein“ anlegte und das Schiff in die Luft zu sprengen versuchte. Der Anklagevertreter beantragte 10 Jahre Zuchthaus, das Gericht dem ärztlichen Gutachten, wonach sich Kochler bei dem Attentat in einem pathologischen Krankheitszustand befunden habe und erkannte auf Freisprechung.

Handelsnachrichten.

Berliner Butternotierung.

Amliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verbandsverband Norddeutscher Molkereien, Berlin C. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 27. Februar. 1. Qualität 185, 2. Qualität 172, 3. Qualität 157. Tendenz: stetig. Vollmilchpreis: Der Erzeugerpreis frei Berlin beträgt 19,25 Pfg. je Liter. Der Kleinverkaufspreis beträgt für Berlin 31 Pfg., für Stettin zurzeit 28 Pfg.

Berliner Frühmarkt vom 28. Februar. Weizen: März 281,50, Mai 281,50, Juli 282. Tendenz: ruhig. Roggen: März 254,50, Mai 262, Juli 250,50. Tendenz: ruhig. Hafer gut 224—232, mittel 217—223, Wintergerste gut 225—236, Gerste gut 244—255, Futterweizen 270—285, gelber Matamais 188 bis 192, kleiner Mais 195—200, Laubenerbsen 360—370, Roggenkleie 159—163, Weizenkleie 159—163. Tendenz: ruhig.

Stettiner Getreidenotierungen vom 28. Februar. Roggen inf. 247—250, Weizen inf. 264—266, Hafer 192—197, Sommergerste 228—242, feine über Notiz, Futtergerste 220—222.

Stolper Mappen
Morgen Mittwoch, den 2. März 1927
großes
„Tiroler Alpenfest“
Trachten: wie Dirndl, Bauer usw. erbeten (jedoch kein Zwang).
Humor! Stimmung!
Eintritt frei!

Morgen Mittwoch,
den 2. März
Ausnahmetag
für Stolper Jungchen
Molkerei Stolp.

Waren-Verlauf für den halben Preis!
Günstiger Einkauf zur Konfirmation!
Serie I: Moderne Ohrringe, echt Silber mit Perlen und Steinen, regulärer Preis 2,50, 3,50, 4,50 — per Paar jetzt nur Rmt. 1,25, 1,50, 1,75
Serie II: Anhänger mit Kette, echt Silber A. Doublet gestempelt, regulärer Preis 3.—, 5.—, 8.— bis 10.— — jetzt nur Rmt. 1,50, 2.—, 2,50, 3,50
Serie III: Herren- und Damenringe 1a. Charnier gestempelt, regulärer Preis 2,50, 3,50, 4.— bis 6.— — jetzt nur Rmt. 1,25, 1,75, 2.—, 2,50
Serie IV: Manschettenknöpfe, echt Silber A. D. Silberdoublet, gestempelt, mit Perlmuttereinlage, regulärer Preis 2,50, 3,50, 4.— bis 6,50 — jetzt nur Rmt. 1,25, 1,50, 2.—
Ausstellung dieser Waren auf 2 kenntlich gemachten Glasplatten, meine reguläre Ware wird von diesem Angebot nicht berührt. Sichern Sie sich diese billigen Waren, weil sie bestimmt in einigen Tagen vergriffen sind.
Fritz Siebert, Uhrmacher
Paradiesstraße 5.



Der Gehalt an reinem Traubenzucker macht diesen Wein zu einem vorzüglichen Stärkungsgetränk für Kranke und Genesende. Preis per Flasche Mk 2,10, 1,50, 1,20

Franz Hackbarth
Weingroßhandlung
Kirchplatz 12 Stolp Fernspr. 405

Ein Fekes Papier.

Von Thea Malten.

(13. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten)

Sie unterbrach ihn brüsk: „Vor der Welt — ja! Vor Gott? — O, nein! Nein, Mister Paniani, Sie können nicht die Stirn haben, das zu behaupten!“

Paniani zuckte die Achseln. „Ich bin nicht religiös genug, um auf diese Behauptung besonderen Wert zu legen“, sagte er mit seinem fatalen Lächeln. „Die Meinung der Welt ist in diesem Fall wichtiger, und du kannst nicht leugnen, daß du in ihren Augen heut Signora Paniani geworden bist.“

„Nun gut“, antwortete die junge Frau mit größter Festigkeit. „Bis hierher habe ich den Pakt erfüllt. Jetzt merken Sie wohl auf: Mein Leben ist Ihnen aus bestimmten Gründen losbar, nicht wahr? Auch ich — ich gestehe es offen — habe den Wunsch, es mir zu erhalten, und habe zu diesem Zweck große Opfer gebracht. Fordern Sie aber einen zu hohen Preis, so bin ich vollkommen bereit, auf dies Leben zu verzichten.“

„Und welches wäre dieser Preis, meine Schöne?“
Sie maß ihn mit einem verächtlichen Blick, während sie fortfuhr: „Was ich damit meine, wissen Sie genau. Hören Sie auf, mich mit Ihren Liebesanträgen zu verfolgen, die mich mit Abscheu erfüllen. Ich hasse Sie, darüber können Sie nicht im Zweifel sein. Was Sie von mir verlangten, habe ich erfüllt. Was wollen Sie also noch von mir? Haben Sie sich vielleicht im Ernst eingebildet, daß der heutige schmähliche Bund, den wir schlossen, irgend welche Bedeutung für mich habe oder Ihnen auch nur das Recht gäbe, den Saum meines Kleides zu berühren?“

Es war keine Spur von Furcht mehr in ihren Worten und in ihrer Haltung. Hoch aufgerichtet stand sie vor dem Manne, bebend vor Kälte und Verachtung, wie eine Königin vor einem Sklaven.

Und wie ein Sklave beugte Paniani das Knie vor ihr. In seinen Augen brannte das Feuer seiner südländischen Leidenschaft. „Wie schön bist du!“ rief er. „Ich küsse den Boden, den deine Füße berührt haben, wenn du mir nicht gestatten willst, den Saum deines Kleides zu küssen. So rein, wie du bist, liebe ich dich ja gerade, so stolz, so hochmütig. Du sollst mich hassen! Du bist süßer, wenn du haffest, als alle Weiber der Welt, die bereit sind, mich zu lieben. Haffe mich, aber laß dich lieben von mir, meine süße Königin!“

Er breitete die Arme aus, um sie zu ergreifen und an sich zu reißen. Mit einem Schrei stieß sie ihn zurück und stoh in die äußerste Ecke des Zimmers.

„Gehen Sie!“ stammelte sie, außer sich vor Zorn. „Verlassen Sie augenblicklich diesen Raum! Kein Wort will ich mehr hören, das von Ihren verruchten Lippen kommt! Ich kann Ihre Gegenwart nicht länger ertragen. Gehen Sie, oder es geschieht etwas Schreckliches!“

Er hatte sich von den Knien erhoben und war ihr gefolgt, sich ihr nähernd und ihr den Weg vertretend.

„Es wird schon nicht so schrecklich sein, mein schönes, widerpenstiges Liebchen“, sagte er mit einem zynischen Lächeln, während seine Stirn sich langsam rötete. „Laß dich nur einmal in die Arme nehmen und lerne kennen, wie ich küssen und lieben kann! Wenn du auch zuerst ein wenig beißt und kratzt — du wirst das Fauden bald lassen, du wilde Kage!“

Sie sah ihn dicht vor sich, sein helles Atem traf sie, seine Hand berührte ihre Schulter, von der das seidene Gewand herabgeglitten war — sie war in die Enge getrieben und der Weg zur Flucht ihr abgeschnitten — rettungslos schien sie ihm verfallen — da hob sie die geballte Faust und schlug ihn mitten ins Gesicht.

Es war weniger die Kraft als das Unerwartete dieses Schläges, das ihn zurücktaumeln ließ. Diesen Augenblick benutzte sie, um aus der Ecke des Zimmers zu entweichen und an ihren Toiletentisch zu eilen. In steigender Hast ergriff sie die lange goldene Nadel, die dort lag und die am heutigen Tage ihren Brautscheier besetzt hatte, und hielt sie in hoch erhobener Hand.

„Schurke!“ leuchte sie, „wage es nicht, dich mir auch nur um Haarsbreite zu nähern — sonst — so wahr du der Wärbder meiner armen, unglücklichen Schwester bist — töte ich mich hier vor deinen Augen und belaste deine Seele noch mit einer zweiten Blutschuld!“

Er las den furchtbaren Ernst in ihren Zügen, er sah, sie war bereit zur Tat, sein Gesicht brannte von dem Schläge, und mit einem Fluch wandte er sich von ihr.

„Das sollst du mir büßen, verfluchtes Frauenzimmer“, sagte er mit einem Blick, der nichts Gutes verheißt. „Warte nur, deine Stunde wird schon kommen!“ Und höhnisch fügte er hinzu: „Stecke deinen Dolch nur ein, ich trete deiner blutweißen Unschuld nicht mehr zu nahe. Zunächst ist mir dein Leben noch wertvoll — aber wir werden ja sehen, mein Täubchen — die Zeiten ändern sich — und es kann der Tag kommen, an dem wir unsere Rollen vertauschen und du vergebens um meine Liebe und dein Leben bettelst.“

Im Begriff, sich zu entfernen, wurde er aufgehalten durch ein verworrenes Geräusch, Stimmengewirr und eilige Schritte auf dem Korridor. Im nächsten Augenblick klopfte es an die Tür und Mrs. Kitter rief:

„Kommen Sie rasch! Mister Mac-Kenna stirbt!“

Wie sie aus ihrem Zimmer heraus, über Treppen und durch Gänge an das Sterbebett ihres Onkels gelangte, kam der jungen Frau nicht zum Bewußtsein. Der alte Mac-Kenna lag im Todeskampf, das sah auch ihr unerfahrenes Auge. Mit einem Schrei warf sie sich an seinem Bett nieder.

„Geh nicht von mir!“ flehte sie verzweifelt. „Mei! bei mir, du mein einziger Freund, mein einziger Schutz und Trost!“

Der Klang ihrer geliebten Stimme schien den letzten Rest seines Bewußtseins zu erreichen. Er schlug noch einmal die halb gebrochenen Augen auf und versuchte mit seiner kraftlosen Hand ihr blondes Haupt zu streicheln.

„Marjorie!“ rief er, kaum noch verständlich. „Alles in Ordnung — Lieblich — keine Angst!“

Sein Körper bäumte sich auf, ein Nöcheln — dann fiel er zurück, und alles war vorüber.

Am dem Totenbett brach die junge Frau ohnmächtig zusammen.

IX.

Eigentlich war George Tomkins kaum weniger ein Gefasener zu nennen als seine Tochter Marjorie. Paniani schien seinem Schwiegervater wenig zu trauen, und dieser wußte nur zu genau, daß er auf Schritt und Tritt von Panianis Leuten beobachtet wurde. Besonders seine Neigung zum Trunk wurde von dem Italiener aufs schärfste bekämpft und ihm fast jede Möglichkeit genommen, sich den Alkohol zu verschaffen, den er zu des Lebens Glückseligkeit unbedingt brauchte. Der Luxus, der ihn umgab, bot ihm keinen Ersatz dafür. Er machte sich nichts aus den eleganten Salons, angefüllt mit Kostbarkeiten, in denen er jetzt seine Tage verbrachte, die schönen und teuren Anzüge, die er trug, waren ihm in höchsten Grade unbedeutsam, er hatte keine gleichgesinnten Genossen, sogar die Diener waren ihm zu vornehm und wiesen den Ton der Vertraulichkeit, mit dem er sich ihnen zu nähern suchte, mit hochmütiger Stille ab. Außerdem wußte er, daß die Angestellten des Hauses Kreaturen Panianis waren, die dieser mit stammenswerter Geschicklichkeit in die Stellen der alten und vertranten Dienerschaft Mac-Kennas zu setzen gewußt hatte. So kam es, daß George Tomkins sich sehr bald herzlich nach der Zeit zurücksehnte, als er in seinem einfachen kleinen Hause in Purley sein eigener Herr gewesen und im Purleyer Wirtshaus so manchen schönen Durst im Kreise Gleichgesinnter mit Whisky oder Porter gelöscht hatte.

Die Aufregung und Geschäftigkeit wahrnehmend, die Robert Mac-Kennas Tod mit sich brachte und die Panianis Aufmerksamkeit in Anspruch nahm, benutzte Tomkins, um sich in einem unbewachten Augenblick aus dem Hause zu entfernen. Er hatte nur wenig Geld bei sich, denn Paniani hielt ihn außerordentlich knapp, und nachdem er seine paar Münzen gezählt und voller Zorn festgestellt hatte, daß sie kaum zu einer Flasche Wein reichen, fiel ihm der Fremde ein, der auf dem Hochzeitstische als mitfühlende Seele gezeigt hatte. Wichtig, die Adresse mußte er bei sich haben. Er rettete sich vor dem Straßengewühl in eine Tonnische, vorsichtig um sich sehend und immer in der Angst, verfolgt zu werden, und fand in seinen Taschen herumzukramen. Nach einigem Suchen fand er auch einen zerdrückten Zettel, auf dem eine klare Handschrift die Worte geschrieben hatte: Joe Moore, Savoy-Hotel, 23. Street.

(Fortsetzung folgt.)

Amtliche Bekanntmachungen.

Im städtischen Versorgungshause wird Holz zerkleinert.
Meldungen daselbst.
Stolz, den 24. Februar 1927.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für die am 6. März d. Js. stattfindenden Wahlen zur Landwirtschaftskammer in Stettin ist der Stadtkreis Stolz in einen Wahlbezirk eingeteilt. Zum Wahlvorsteher sind der Alderbürger Alwin Siebe und zum Stellvertreter der Alderbürger Leo Niedermeyer ernannt. Das Wahllokal befindet sich in der Knabenmittelschule (Wollweberstraße). Die Abstimmungszeit dauert von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Die Stimmzettel und Umschläge werden amtlich hergestellt und am Abstimmungstage im Abstimmungsraum den Stimmberechtigten ausgehändigt. Andere Stimmzettel und Umschläge dürfen im Abstimmungsraum weder ausgelegt noch verteilt werden.

Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte den auf den Stimmzettel neben der von ihm zu wählenden Partei befindlichen Kreis ankreuzt.

Stolz, den 28. Februar 1927.

Der Magistrat.

Von der Reise zurück.

Dr. Baatz,
Facharzt für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe.

Sprechstunden:

Vormittags von 9¹/₂—11¹/₂ Uhr,
Nachmittags von 3—4 Uhr.

Stolz i. Pom., Wallstr. 4, Frauentlinik.
Tel. 212.

Vom 2. bis 6. März ist

verreist

Arthur Borgemein, Dentist
Bahnhofstraße 48. Fernsprecher 910.



Für wenig Geld können Sie das Beste haben.

Rama
MARGARINE
butterfein

Meistgekauftete Margarine-Märke Deutschlands.
Die Qualität siegt!

1/2 lb nur

50 Pfg.

Beim Einkauf „Kinderzeitung“, „Die Rama-Post vom kleinen Coco“ oder „Die Rama-Post vom lustigen Flips“ gratis.

Feinste
Tafelbutter

geben wir an unsere
ständige Milchundschaft
nach wie vor zu Mk. 1,90 je Pfd. ab.

Molkerei-Genossenschaft
Stolz.

Uhren-



Reparaturen

sauberste und schnellste Ausführung.

== Billigste Preise. ==

Kunst

Uhrmacher

Holstentorstrasse 5

G. l. u. d. wird ein bei Landwirten bestens eingeführter
Reisender
gegen Gehalt und Proo. Ihre erste Verkaufskräfte kommen in Frage.

Hilmar Hesse,
Futtermittelfabrik,
Leipziger, Bauhofstraße 11.

Stadttheater
Telephon 419.

Dienstag, den 1. März
abends 8 Uhr
Zum unwillkürlich
letzten Male!

Vollsvorstellung!
„U s h i“

Operette in drei Akten
von Gilbert.

Preise von 20 Pfg. bis 1 Mk.
Donnerstag, den 3. März
abends 8 Uhr

„Sah ein Knab'
ein Röslein stehn“

Operette aus Goethes Jugendzeit von Spangenberg.
Auf jeden gekauften Platz gibt es eine Freitarte dazu.
Nur einmalige Ausnahm!

Freibant.
Mittwoch nachm. 2 Uhr
Verkauf von Rindfleisch
Die Schlachthofverwaltung

S. W. Feiges
Buchdruckerei

Stolz i. Pom.
Fernruf 18 Präsidentenstr.

Anfertigung von
Drucksachen

aller Art
in schwarz und farbig